

7. Experimentierartikel zur Freiheit der Gemeinden zur Vergünstigung des ÖV

Motion Felix Hoesch (SP, Zürich), Rosmarie Joss (SP, Dietikon), Markus Bärtschiger (SP, Schlieren) vom 12. September 2022

KR-Nr. 314/2022, RRB-Nr. 1586/30. November 2022 (Stellungnahme)

Ratspräsidentin Sylvie Matter: Der Regierungsrat beantragt dem Kantonsrat, die Motion nicht zu überweisen. Er hat dem Rat seine schriftliche Ablehnung am 30. November 2022 bekanntgegeben. Der Rat hat zu entscheiden.

Felix Hoesch (SP, Zürich): Vermeiden, verlagern, verbessern, wir haben es in diesem Saal schon oft gehört. Dieser Vorstoss gehört zum Thema Verlagern und zum Thema Gemeindeautonomie. Unsere Gemeinden sind die Keimzellen des Föderalismus und damit die idealen Gebiete, Neues auszuprobieren. Darum haben wir unsere Motion mit dem relevanten Wort «Experimentierartikel» eingeleitet. Wir wollen es den Zürcher Gemeinden ermöglichen, dass sie dauerhafte Rabatte denjenigen Kundinnen und Kunden des öffentlichen Verkehrs gewähren dürfen, bei denen sie einen Versuch oder eine Reduktion für sinnvoll erachten. Das fördert die Nutzung des öffentlichen Verkehrs und führt zu einer Verkehrsverlagerung. Das kommt der Umwelt zugute und gibt dem Gewerbe den nötigen Platz auf unseren Strassen. Wie und ob die Gemeinden das genau einsetzen, überlassen wir ihnen. So wird über die Jahre ein Strauss von Ideen und Umsetzungen entstehen, von denen andere Gemeinden wiederum profitieren können.

Die Volkswirtschaftsdirektion schreibt auf Seite drei, warum sie den Vorstoss nicht entgegennehmen will. Aber ich entnehme der Antwort nicht, dass die Motion unmöglich umzusetzen sei. Darum halten wir natürlich an ihr fest und freuen uns auf die Debatte heute. Auf ein paar Punkte der Motionsantwort will ich aber spezifisch eingehen: Ich freue mich sehr, dass das Amt für Mobilität (AfM) und der Zürcher Verkehrsverbund (ZVV) die Einfachheit und Verlässlichkeit der Tarife beim ÖV hoch gewichten. Das mache ich ebenso und werde mich auch bei allen zukünftigen Debatten zum Mobility Pricing daran halten. Dass es aber auf nationaler Ebene genau solche erfolgreiche Rabatte gibt, wird hier ignoriert. Erlauben wir doch den Gemeinden, ebenfalls etwas auszuprobieren. Damit wird das Grundsystem des stabilen Preises nicht verändert, sondern nur punktuell unterboten.

Dann kommt natürlich noch etwas Bashing zum neuen Euro-Ticket in Deutschland. Auch in meinen Augen wurde es überstürzt und ohne den notwendigen Angebotsausbau eingeführt. Aber zwei wunderbare Erkenntnisse werden in der öffentlichen Diskussion leider meist vergessen: Erstens hat das Beinahe-Gratisangebot den Menschen am Ende unserer gesellschaftlichen Schichten die zwischenmenschliche Teilhabe massiv verbessert und wieder Besuche ermöglicht. Zweitens ist der Stau auf den Strassen in den deutschen Innenstädten messbar reduziert worden. Also, erlauben wir doch auch unseren Gemeinden so etwas zu versuchen.

Und wie das AfM richtigerweise schreibt, ist es den Gemeinden bereits erlaubt, das Angebot auf eigene Kosten auszubauen. Das wird auch schon erfolgreich eingesetzt.

Dann zum Flickenteppich, falls die Gemeinden das unterschiedlich einsetzen: Diese Gefahr erkenne auch ich. Aber ich denke aus meinem Innersten aus der Perspektive einer grossen Stadt und empfehle den kleineren Gemeinden in einer gemeinsamen ZVV-Tarifzone sich miteinander abzusprechen. Dann entstehen hier keine Probleme.

Eine Motivation zu diesem Vorstoss will ich natürlich noch explizit nennen: Bei uns in der Stadt Zürich wurde gerade der Gratis-ÖV gefordert. Ich störe mich daran, dass diese Idee wegen des übergeordneten Recht unmöglich ist. Auch für mich ist es richtig, dass eine Dienstleistung etwas kosten soll. Aber die Versuche in Luxemburg und Tallinn und so weiter finde ich aber sehr spannend. Wenn das bei uns auch angedacht werden soll, muss das Recht verändert werden. Genau diesem Zweck dient diese Motion. Also, geben wir den Gemeinden auch im Bereich des öffentlichen Verkehrs mehr Rechte und verfolgen in den kommenden Jahren, was daraus entsteht. Herzlichen Dank für Ihre Unterstützung.

Ulrich Pfister (SVP, Egg): Die Genossinnen und Genossen möchten einen Experimentierartikel für die Freiheit der Gemeinden zur Vergünstigung des ÖV. Wenn etwas im Zusammenhang mit einem Experimentierartikel daherkommt, beschleicht mich ein mulmiges Gefühl. Man weiss so nicht, wohin die Reise genau geht und was da alles passieren könnte. Nach den Ausführungen der Regierung könnten wir eigentlich abstimmen. Die gesetzlichen Hürden und die weiteren Auswirkungen auf unser ÖV-System werden sehr ausführlich und hoffentlich für alle verständlich aufgezeigt. Welche Gruppen sollen hier bevorzugt werden? Alte, Junge, Gebrechliche, Männlein, Weiblein, IPV-Bezüger (*Individuelle Prämienverbilligung*), EL-Bezüger (*Ergänzungsleistungen zur AHV/IV*), Bezüger von Sozialhilfe? Wobei hier zum Beispiel die Stadt Zürich bereits Vergünstigungen gewährt. Ich möchte Ihren Aufschrei hören, wenn eine reiche Goldküstengemeinde mit einem sehr tiefen Steuerfuss und einer sehr tiefen Sozialhilfequote ihren Einwohnern den ÖV gratis zur Verfügung stellen würde. Dagegen könnte sich eine Gemeinde zum Beispiel im Bezirk Dietikon mit einem hohen Steuerfuss und einer sehr hohen Sozialhilfequote nicht leisten. Das wäre mal das eine. Und das zweite: Durch den Finanzierungsschlüssel des ZVV würde aber auch die Gemeinde im Bezirk Dietikon der Goldküstengemeinde über ihren Anteil an der Kostenunterdeckung des ZVV dieses Gratisangebot mitfinanzieren. Der ÖV wird heute schon mit Steuergeldern massiv mitfinanziert. Personen, die – aus welchen Gründen auch immer – den ÖV nicht benutzen können, bezahlen hier einer anderen Gruppe die Mobilitätskosten. Es würde die Kostenwahrheit bezüglich der Mobilität massiv untergraben. Es ist ein Vorstoss für wenige statt für viele. Lehnen Sie diese Motion, wie von der Regierung beantragt, ab.

Ann Barbara Franzen (FDP, Niederweningen): Da wünscht sich nun die SP ein kantonales Labor, nicht für Viren oder Ähnliches, sondern für neue Angebote im

ÖV, und selbstverständlich sollen alle profitieren können. Die Gemeinden sollen mit der neu gewonnenen Freiheit – ich habe keine Kenntnis davon, dass sie sich gegängelt fühlen, dass sie keine Freiheiten hätten –, sie sollen nun einen Gemischtwarenladen an neuen Angeboten – alle natürlich subventioniert und verbilligt – anbieten können. Aktionen wie beim Grossverteiler, eine wunderbare Idee – so hat das Felix Hoesch genannt –, ein Potpourri an lustigen Ideen wie beispielsweise Gratis-ÖV in der Gemeinde wahlweise an Wochenenden oder für alle Tage. Ich bin schon froh, sollte es denn gratis sein, dass ich in Niederweningen wohne, immerhin haben wir zwei Bahnstationen. So könnten dereinst am Wochenende – wie lustig ist denn das? – alle von Niederweningen Dorf gratis nach Niederweningen Bahnhof fahren; so weit so lustig experimentiert.

Mit der Regierung lehnen wir natürlich diesen Vorstoss ab. Er ist schlichtweg nicht praktikabel, ist doch die Tarifierung des ZVV in regionale und interregionale Preisgestaltung eingebunden. Die angedachten Massnahmen verstossen gegen übergeordnetes Recht. Für uns ist auch klar, die Tarife des ZVV – ich weiss, wir werden über diese Tarife noch sprechen – sind seit Längerem nicht mehr angehoben worden. Wir lassen uns die Subventionierung doch einiges kosten, für alle. Das ist auch okay so.

Für mich ist erstaunlich, dass die SP eine derartige Ungleichbehandlung von Kundinnen und Kunden im Bereich der Tarife von Gemeinde zu Gemeinde überhaupt andenkt. Doch nicht alle so gleich? Doch nicht ganz die Partei der Gleichheit oder Gleichstellung in Bezug auf die Tarife? Vergünstigungen von Personen, die sich aufgrund von Wohnsitznahme ergeben, sind nämlich schlicht gegen das Bundesgesetz über die Personenbeförderung. Aus Sicht der FDP haben die Gemeinden heute genügend Instrumente, wenn sie das wünschen, mal ÖV-Aktionen zu ermöglichen. Dann kann damit auch wesentlich weiter gefahren werden als nur von einer Station zur anderen. Und zuletzt: Sozialpolitische Massnahmen sollten nicht über die Mobilitätspolitik eingeführt werden, auch wenn sie sich noch so fest als Gemeindeautonomie oder Föderalismus tarnen. Wir lehnen ab.

Thomas Wirth (GLP, Hombrechtikon): Ich kann mich ziemlich kurzfassen, denn ich stimme hier in den folgenden Chor ein: Dieser Experimentierartikel ist unnötig. Auch wir sind der Ansicht, dass die Gemeinden über die bestehenden Instrumente genügend Möglichkeiten haben, wenn sie allen Bahn-Billette verschenken möchten, oder sie können einzelnen oder gezielten Gruppen etwas vergünstigt abgeben. Sie haben die Möglichkeiten, hier etwas zu ändern. Sie können auch ein Angebot aufbauen und beim ZVV bestimmen. Das ist alles kein Problem. Diese Möglichkeit haben sie. Ob sie sie nutzen wollen, ist ihre Sache. Aber ein Experimentierartikel, der weitere Optionen ermöglicht und insbesondere dann dazu führt, dass andere dafür bezahlen, dass eine Gemeinde irgendetwas macht, erachten wir als unnötig und unsinnig. Wir lehnen diese Motion ab.

Thomas Schweizer (Grüne, Hedingen): Auch wir Grünen wollen den ÖV fördern. Wir unterstützen Taktverdichtung und neue Angebote, Qualitätsverbesserungen, aber keine Gratis-ÖV-Angebote und keinen Experimentierartikel. Gratis-ÖV-

Angebote kurbeln nur die Mobilität an. Da werden Mobilitätsbedürfnisse geschaffen, die vorher nicht existiert haben. Das kann nicht das Ziel einer nachhaltigen Mobilitätspolitik sein.

Sonderregelungen für einzelne Gemeinden oder ausgewählte Strecken sind im nationalen Tarifverbund nicht praktikabel und auch nicht erwünscht. Spezifische Unterstützungsmöglichkeiten bestehen schon heute. Es gibt den Bonuspass für Angestellte, den Ferienpass für Kinder, das seven25 für unter 25-jährige oder die Zürich Karte für Feriengäste. Wenn es darum geht, die Mobilität von Leuten mit kleinem Budget zu ermöglichen, so braucht es spezifische und subjektbezogene Massnahmen und keine Gratisangebote nach dem Giesskannenprinzip. Wir Grünen haben zu diesem Zweck am 24. Oktober letzten Jahres die PI «Steuerermässigung für natürliche Personen mit Kaufkraftverlust» (KR-Nr. 392/2022) eingereicht. Sie wirkt spezifisch für diejenigen, welche es brauchen. Vorliegende Motion lehnen wir ab.

Daniel Sommer (EVP, Affoltern am Albis): Diesen Sommer hatte ich das Vergnügen, mit einem E-Bike von unserem nördlichsten grossen Kanton zurück in die Schweiz zu reisen. Das war ein Abenteuer. Wir konnten keine Plätze reservieren für die Fahrräder, mussten Regionalzüge und S-Bahnen benutzen, ein wahrer Genuss. Es war sehr günstig: Nur 26 Euro für mehrere 100 Kilometer; wir sind 100 Kilometer gefahren. Wir brauchten etwa zwölf Stunden dafür; sehr abenteuerlich, weil, die Züge waren voll. In Deutschland hat man wirklich ein interessantes Tarifsysteem. Das deckt nur halbwegs die Infrastrukturkosten, in die nicht wahnsinnig viel investiert wird, wie man da und dort feststellen kann. Also, mich hat das nicht überzeugt, was ich dort angetroffen haben. Bei jedem Umsteigen mussten wir Tetris spielen, die Reisekoffer mit den Fahrrädern und Fahrgäste und Kinder herumschieben, damit dann alle rechtzeitig raus und rein konnten. Das war für mich ein deutliches Zeichen, dass man mit Tarifen aufpassen muss. Man muss eine feine Klinge führen, wenn man an dieser Stellschraube etwas verändern will. Wir haben unsere ZVV-Strategie mit einem austarierten Tarifsysteem. Wir alle wissen, man muss nur ein wenig schrauben an diesem System, zwei Prozente erhöhen, und sofort verändert sich der Personenstrom, oder man macht die Preise tiefer und dann geht es in die andere Richtung.

Ich möchte dringend empfehlen, dass wir diesen Experimentierkasten nicht anschaffen und solche Gedanken in die nächste ZVV-Strategie einfliessen lassen und dort schauen, wie wir Anreize zum Umsteigen auf den ÖV schaffen können. Unser ZVV ist ein Erfolgsmodell. Wir torpedieren dieses Modell, wenn wir solche Hauruck-Experimentier-Ideen haben und diese anwenden möchten. Wir empfehlen die Ablehnung dieser Motion.

Manuel Sahli (AL, Winterthur): Guten Tag! (*Heiterkeit*) Wie oft hört man, dass unser Staat träge sei und nicht allzu kreativ. Neue Modelle einzuführen und zu testen braucht Vorlauf, verursacht Kosten. Deshalb werden solche Ideen, wie wir sie hier hören, vielfach nicht umgesetzt. Insbesondere beim ZVV existiert ein festgesetztes und vielleicht ein ziemlich streng reglementiertes System, das nur

schwer aufzubrechen ist. Das hat sicher auch seine Berechtigung, da es sehr erfolgreich ist, wie man hier festhalten muss.

Diese Motion – dies ist vielleicht auch wichtig zu betonen – ist keine ausformulierte PI; sie ist eine Motion. Mit dieser Motion bietet sich die Möglichkeit, mit einem Kreativ-Artikel den Gemeinden zu erlauben, hier gewisse Experimente regional durchzuführen. Wenn es Ihnen dabei mulmig wird, Herr Pfister, dann teile ich dieses Gefühl, wenn es sich um eine Giesskannenidee handelt, je nachdem, welche Blüten diese treiben. Da wäre ich sicher auch nicht ganz glücklich. Aber wir von der AL sind hier zumindest ein wenig mutiger. Es wäre doch in einem solchen Fall genau vernünftig, wenn man solche Experimente regionale begrenzt durchführt und nicht gleich über den ganze Kanton. Genau diese würden damit ermöglicht.

Zum Stichwort «mutiger», das müssten Sie beispielsweise auch in anderen Lebensbereichen sein, auch Start-ups müssen mutig sein. So wie Sie jetzt alles ablehnen, kämen diese auch nicht weit. Wie bereits gesagt, könnte man mit diesem Vorstoss solche neuen Angebote wie beispielsweise Versuchslinien, die auf zwei Jahre begrenzt sind, machen. Man könnte hier auch über so etwas nachdenken, dass man solche Experimente auch evaluieren muss, wenn man solche durchführen will.

Auch wenn wir als AL nicht allen Kreativlösungen zustimmen würden, wie bereits erwähnt, sind wir hier trotzdem progressiv und mögen mutige Politik. Daher werden wir dieser Motion zustimmen.

Regierungsrätin Carmen Walker Späh: Auch der Regierungsrat setzt sich für einen starken öffentlichen Verkehr ein, aus sehr bekannten verkehrs-, klima-, raum- und entwicklungspolitischen Überlegungen. Daher befürwortet der Regierungsrat grundsätzlich Massnahmen, welche die Benützung des öffentlichen Verkehrs fördern. Aber Vergünstigungen von ÖV-Billetten, wie sie die Motion jetzt möchte, sind aus unserer Sicht für diesen Zweck nicht geeignet, auch der falsche Weg. Im öffentlichen Verkehr ist es einfach eine Tatsache, die man nicht genug wiederholen kann. Die wichtigsten drei Aspekte für eine hohe Nutzung des öffentlichen Verkehrs sind: Erstens, das gute Verkehrsangebot, zweitens, das gute Verkehrsangebot und drittens, das gute Verkehrsangebot. Faktoren wie Netz, Fahrplandichte, Reisedauer, Direktheit der Verbindungen, Zuverlässigkeit, Sicherheit, das hat für uns klar einen deutlich stärkeren Einfluss auf die Attraktivität des öffentlichen Verkehrs als die Tarifgestaltung. Das zeigen auch die Entwicklungen in den letzten Jahren. Die Treibstoffpreise sind in letzter Zeit stark angestiegen, während die Preise im ÖV seit Ende 2016 unverändert sind; also sie sind schon einige Jahre unverändert. Wenn also die Nachfrage tatsächlich primär vom Preis abhängig wäre, dann hätten wir einen viel stärkeren Zuwachs zulasten des MIV erleben müssen. Das hat nicht stattgefunden. Es gibt auch noch ein umgekehrtes Beispiel: Im letzten Sommer wurden enorme Verbilligungen des ÖV-Preises in Deutschland vorgenommen, Das Neun-Euro-Ticket in Deutschland hat nur am Schluss eine kleine Nachfragesteuerung ausgelöst. Sie hat aber zur unbestrittenen Erkenntnis geführt, dass in erster Linie – nun bin ich bei erstens, zweitens, drittens

– die Qualität des ÖV-Angebots, das heisst, in die notwendig gute Infrastruktur investiert werden sollte. In diesem Sinne würde eine Vergünstigung der ÖV-Billette durch die Gemeinden aller Voraussicht nach nicht zu einer substanziellen Erhöhung der Nachfrage führen. Viel wirksamer wären zusätzliche Investitionen der Gemeinden in das ÖV-Angebot. Aber dafür haben wir bereits heute eine gesetzliche Grundlage. Zu beachten ist auch, dass für unbefristete Vergünstigungen durch die Gemeinden eine Delegation der Tarifzuständigkeiten erforderlich wäre. Das Resultat wäre dann ein unglaublicher tarifarischer Flickenteppich. Das hatten wir genau vor Einführung des ZVV, diesen Flickenteppich in den Tarifen. Und das wollen wir wirklich nicht mehr. Das hat dem öffentlichen Verkehr nicht wirklich geholfen. Im Gegenteil. Es hat ihn geschwächt. Es würde auch sämtlichen Zielsetzungen, sehr populären Forderungen von links bis rechts, nämlich, dass man einfache Tarife haben müsste, fundamental widersprechen. Die Gemeinden haben bereits heute Handlungsspielraum. Dies wurde bereits erwähnt. Es käme noch hinzu, dass ein unentgeltlicher öffentlicher Verkehr auch gegen die Bundesverfassung verstossen würde. Also, es gibt viele Gründe, die dagegensprechen. In diesem Sinne beantrage ich Ihnen namens der Regierung die Ablehnung der Motion. Ich danke Ihnen.

Abstimmung

Der Kantonsrat beschliesst mit 134 : 41 Stimmen (bei 0 Enthaltungen), die Motion nicht zu überweisen.

Das Geschäft ist erledigt.